18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marcel Luthé (FDP)

vom 05. Dezember 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Dezember 2017)

zum Thema:

Teplitzer Straße und Hubertusallee

und **Antwort** vom 19. Dezember 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dez. 2017)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Marcel Luthé (FDP)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/12941
vom 5. Dezember 2017
über Teplitzer Straße und Hubertusallee

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nur teilweise aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine umfassende Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher zu Frage 3 und 5 zusätzlich das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben.

Frage 1:

Welches Ziel verfolgt der Senat mit der von Februar bis August 2017 zwischen Roseneck und Warmbrunner Straße durchgeführten Straßenbaumaßnahme? Welche Gesamtkosten sind durch die Maßnahme angefallen?

Antwort zu 1:

Im Straßenzug Teplitzer Straße–Hubertusallee im Teilabschnitt zwischen Hagenstraße (vor Roseneck) und Warmbrunner Straße–Herthastraße wurden zur Erhöhung der Sicherheit und Förderung des Radverkehrs in beiden Fahrtrichtungen Radverkehrsanlagen in Form von Schutzstreifen auf der Fahrbahn markiert. Dadurch sind nunmehr bis zur Halenseestraße (Weiterführung der Hubertusallee nach der Warmbrunner Straße) beidseitig durchgehende Radverkehrsanlagen vorhanden.

Die Kosten für die Gesamtmaßnahme, welche weiter nördlich im Bereich des Knotens Herthastraße noch nicht abgeschlossen ist, waren nach den anerkannten Bauplanungsunterlagen auf 257.000 € festgesetzt. Die endgültigen genauen Kosten für die Gesamtmaßnahme liegen, aufgrund der oben genannten am Nordende noch ausstehenden Restarbeiten, noch nicht vor.

Frage 2:

Waren diese Arbeiten a) mit dem Bezirk, b) mit den Anwohnern und c) mit der BVG (Buslinien 29 und X 10) abgestimmt? Wann und in welcher Weise sind die einzelnen Betroffenen beteiligt worden?

Antwort zu 2:

Die vorherige Abstimmung und die anschließende Anhörung/Anordnung der straßenverkehrsbehördlichen Maßnahmen erfolgte gegenüber dem Straßenbaulastträger des Bezirks (Straßen- und Grünflächenamt, Fachbereich Tiefbau). Der Bezirk war Auftraggeber der Arbeiten. Nach Maßgabe der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) hat die zuständige Straßenverkehrsbehörde, hier die Verkehrslenkung Berlin (VLB), die Verkehrsführung während der Bauzeit sowie die verkehrssichernden Maßnahmen stets mit dem zuständigen Straßenbaulastträger und der Polizei im Rahmen eines Anhörungsverfahrens im Vorfeld abzustimmen. Dies ist auch hier erfolgt. Weitere Abstimmungen mit betroffenen Straßenanliegern und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) obliegen dem Bezirk als Bauherrn und darüber hinaus der bauausführenden Firma.

Frage 3:

Wie viele Parkplätze sind durch diese Baumaßnahme weggefallen? Wo sind stattdessen Parkplätze geschaffen worden?

Antwort zu 3:

Darüber hat der Senat keine Kenntnisse.

Frage 4:

Welches Konzept verfolgt der Senat mit der Maßnahme, auf einer Seite der Teplitzer Straße zwischen Egerstraße und Berkaer Straße ein absolutes Halteverbot festzusetzen, das dementsprechend auch für Sozialdienstleister, Altersheime und Lieferanten gilt?

Antwort zu 4:

Bedingt durch die baulichen Gegebenheiten und die räumlichen Verhältnisse war es lediglich möglich, immer nur an einer der beiden Fahrbahnseiten die Parkmöglichkeiten zu erhalten. Die Regelungen des Haltens in den Bereichen, wo ein Parken jetzt nicht mehr möglich ist, ergeben sich nicht aus aufgestellten Verkehrszeichen sondern aus den Regelungen der StVO. Die StVO verbietet zwar das Parken auf Schutzstreifen des Radverkehrs, lässt aber dennoch ein kurzfristiges Halten weiterhin zu. In diesem Zusammenhang gilt es jedoch zu beachten, dass derjenige, welcher sein Fahrzeug (ohne die Möglichkeit des sofortigen Eingreifens und Wegfahrens) verlässt oder länger als drei Minuten hält, bereits parkt. Dies gilt auch im Zusammenhang mit Ein- und Aussteige- sowie Be- und Entladevorgängen. Längeren Haltezeiten, wie sie im Bereich von beschilderten Ladezonen mit dem Verkehrszeichen des eingeschränkten Haltverbotes (Zeichen 286 StVO) zweckgebunden möglich sind, wären im vorliegenden Fall der Verkehrssicherheit des Radverkehrs auf dem Schutzstreifen abträglich, da Radfahrende öfter gezwungen wären, unfallträchtig in den fließenden Fahrzeugverkehr auszuweichen. Im Rahmen des nach der StVO vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens erfolgte auch zu dieser Regelung eine Abstimmung mit dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, welcher die Maßnahmen im Rahmen seiner Funktion als Straßenbaulastträger, auch umgesetzt hat.

Frage 5:

Ist das Parken auf dem Gehweg an der Teplitzer Straße zur Entlastung der Anwohner nicht möglich? Wenn ja, aus welchem Grunde nicht? Wenn nein, weshalb wird es nicht unverzüglich eingerichtet?

Antwort zu 5:

Bereits aus Gründen der Verkehrssicherheit und -Ordnung ist es in Anbetracht der räumlichen Gegebenheiten auf den dortigen Gehwegen nicht möglich, ein Gehwegparken durch das Anordnen von entsprechenden Verkehrszeichen 315 StVO einzurichten: Der Gehweg der Teplitzer Straße hat nach Maßgabe erstellter Ausführungspläne eine Breite von etwa 3,40 Metern. In Anbetracht eines einzuhaltenden Abstandes von 0,5 Metern zwischen dem Schutzstreifen des Radverkehrs und parkenden Kraftfahrzeugen, stünde für das Parken und das Laufen der zu Fuß Gehenden eine restliche Breite von 2,9 Metern zur Verfügung. Ließe man nun das Gehwegparken zu, verblieben lediglich 0,9 Meter untermassige Bewegungsfläche für zu Fuß Gehende.

Frage 6:

Seit wann ist ein Tempo 30-Abschnitt auf der Hubertusallee - einer Straße des übergeordneten Verkehrs - eingerichtet worden? Aus welchem konkreten Grund?

Antwort zu 6:

Im November 2016 wurde in der Hubertusallee, zwischen Herthastraße und Bismarckplatz, infolge des durch die Straßenschäden verursachten Verkehrslärms für die Anwohnerinnen und Anwohner, bis zum Zeitpunkt einer künftigen Fahrbahnsanierung vorübergehend Tempo 30 angeordnet.

Frage 7:

Soweit der Grund wie auf der Beschilderung angegeben bauliche Mängel der Straße sein sollen, welche Mängel sind dies konkret, seit wann sind diese bekannt und wann werden diese beseitigt?

Antwort zu 7:

Es handelte sich um Schäden an der Fahrbahndecke, welche zwischenzeitlich behoben worden sind. Die Notwendigkeit der Verkehrsbeschränkung ist somit entfallen. Der Bezirk wird die Beschilderung deshalb umgehend entfernen.

Berlin, den 19.12.2017

In Vertretung

Jens – Holger Kirchner

.....
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz